

Limmattal, im Januar 2016

Pressemitteilung der Limmattaler Wirtschaftsverbände

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Limmattaler Wirtschaftsverbände setzen sich konsequent gegen die schädliche Lohndumping-Initiative der Unia ein, über welche die Zürcher Bevölkerung am 28. Februar 2016 abstimmen wird.

NEIN zur gefährlichen Unia-Lohndumping-Initiative

Die Volksinitiative der Unia ist völlig unverhältnismässig. Bei blossem Verdacht auf Lohndumping müsste das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) zukünftig komplette Baustellen oder Betriebe schliessen. Die Unschuldsvermutung, ein wesentlicher Pfeiler des Schweizer Rechts, wäre ausser Kraft gesetzt. Betroffen wären nicht nur Bauunternehmen, sondern alle Betriebe, die einer Branche mit zwingenden Mindestlöhnen angehören. Somit würde die Lohndumping-Initiative nicht nur dem Baugewerbe erheblich schaden, sondern die Zürcher Wirtschaft lahmlegen und zahlreiche Arbeitsplätze gefährden.

NEIN zum Angriff auf die Sozialpartnerschaft

Jeder seriöse Unternehmer verurteilt Lohndumping und unterstützt die entsprechende angemessene, konsequente Bekämpfung. So dass alle Unternehmer mit gleich langen Spiessen im Markt agieren können. Die bewährte und gut funktionierende Sozialpartnerschaft ermöglicht Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen fairen und gleichberechtigten Einbezug. Zielbringender als staatliche Interventionen ist die Stärkung der Paritätischen Berufskommissionen, welche wirkungsvoll und gezielt gegen Missbrauchsfälle vorgehen.

NEIN zur Gefährdung von Arbeitsplätzen

Gemessen am gesamten Volumen handelt es sich bei den angeprangerten Lohndumping-Verstössen um Einzelfälle im Promillebereich. Nicht selten erwiesen sich die medial aufgebauten Vorwürfe der Unia als unfundiert. Bei Annahme der Unia-Initiative müsste der Kanton bei Anschuldigungen gleich komplette Baustellen oder Betriebe schliessen. Sämtliche Arbeitnehmer müssten ihre Arbeit unterbrechen bis der Fall geklärt ist, was erfahrungsgemäss nicht nur Tage, sondern Wochen bzw. Monate dauert. Somit genügt eine blosser Anschuldigung, um ein Unternehmen und die Bauherren in enorme finanzielle Schwierigkeiten zu bringen.

NEIN zum Denunziantentum

Besonders gefährlich an der Unia-Initiative ist, dass die blosser Äusserung eines Verdachts einen Betrieb komplett lahmlegen könnte. Man stelle sich vor, man könnte das Restaurant um die Ecke schliessen lassen, indem man den Verdacht äussert, in der Küche würde jemand ohne Arbeitsbewilligung arbeiten. Dem Denunziantentum würde Tür und Tor geöffnet. Und gerade weniger erfolgreiche Mitbewerber würden wohl nur zu gerne davon Gebrauch machen.



Gregor Biffiger
Präsident Gewerbeverband Limmattal



Dr. Josef Wiederkehr
Präsident Industrie- und Handelsverein Dietikon



Dr. Andreas Geistlich
Co-Präsident Wirtschaftskammer Schlieren